



Statt Steuerprogression Armutproduktion

FlatTax-Attacke aus Osteuropa

Hannes Hofbauer

Das lange erwartete Platzen der Spekulationsblase und seine Folgen beschäftigt linke Analytiker und liberale Analysten rund um den Globus. Doch auch an ganz anderer Front gewärtigen wir derzeit einen Angriff auf ehemals gemeinschaftlich oder staatlich verwaltete soziale Systeme. Weniger spektakulär als die in der Bankenkrise offenbar gewordene Verbrüderung von Staat und Kapital, aber mindestens so systematisch, werden wir Zeugen einer Attacke auf ein bislang von sozialem Ausgleich geprägtes Steuersystem. „Flat Tax“ heißt die in Osteuropa grassierende steuerpolitische Wende, die mittlerweile die Mehrheit der Staaten östlich von Deutschland und Österreich erfasst hat.

Mit 1. Januar 2008 haben Bulgarien und Albanien sowie teilweise Tschechien den Einheitssteuersatz eingeführt. Proteste dagegen waren in den Ländern von Gewerkschaftsseite wohl zu hören, nach Westen drangen sie indes kaum. Die Auswirkungen sind auch hier zu spüren. Im Steuerwettlauf nach unten konkurrieren Staaten um Investoren mit immer niedrigeren Sätzen. Dadurch ausgedünnte Budgets werden durch Erhöhungen von Massensteuern zu füllen versucht.

EINHEITSSTEUER STATT PROGRESSION Im idealtypischen Fall, den die damalige Regierung des ultraliberalen Kabinetts von Mikulas Dzurinda am 1. Januar 2004 in der Slowakei eingeführt hat, gilt ein einziger Steuersatz von 19% für alle Abgaben. Sämtliche Einkommens- und Unternehmenssteuern, sofern sie nicht wie z.B. die Erbschaftssteuer gänzlich beseitigt wurden, sowie die Mehrwertsteuer konnten mit dem Stichtag keine sozialen oder (betriebs)wirtschaftlichen Unterschiede mehr. Höhere Einkommenssteuersätze von 38% für Private und 25% für Unternehmen wurden nach unten nivelliert; schlechter Verdienende, die bisher 10% ihres Einkommens an das Staatsäckel abzuliefern hatten, mussten ab sofort – einen Sockelbetrag ausgenommen – tiefer in die Tasche greifen. Gleichzeitig schoss die Mehrwertsteuerrate in den zwei Jahren zuvor von 10% auf 19% in die Höhe. Die slowakische Steuer- und Sozial„reform“ des Jahres 2004 war die konsequenteste Umverteilung in Osteuropa seit dem Ende des Sowjetblocks. Und sie forderte die vom Gedanken an sozialen Ausgleich geprägte Steuerdiskussion in Westeuropa frontal heraus. Steuerliche Einheitssätze beschränkten sich bis zur Einführung einer Flat Tax auf

Massensteuern. Von der Mehrwertsteuer über die Besteuerung von Kraftstoffen und Rauchwaren bis zu Abgaben für die Straßenbenützung wurden und werden Reiche und Arme unterschiedslos beim Konsum zur Staatskasse gebeten. In Ländern wie Österreich war auch das kein ewiges Gesetz, Wien schaffte erst 1998 eine auf teure Güter vom Staat eingehobene Luxussteuer ab, die den doppelten Mehrwertsteuersatz ausmachte. Ein zaghafter Versuch der wahlkämpfenden Sozialdemokratie im Sommer 2008, mit einer Halbierung der Mehrwertsteuer von 20% auf 10% für Lebensmittel de facto eine soziale Steuerprogression beim Konsum einzuführen, scheiterte an der christkonservativen ÖVP, den Grünen und der Haider-Rechten.

ESTLAND HAT DEN BANN GEBROCHEN Die Welle des großen neoliberalen Angriffs auf die zwischen 1989 und 1991 zusammenbrechenden Volkswirtschaften Osteuropas, die in den Gesellschaften und Regionen der Länder des ehemaligen Rats für Gegenseitige Wirtschaftshilfe soziale Verheerungen und regionale Disparitäten hinterlassen haben, schwappt nun nach Westen zurück. Ihren vielleicht kräftigsten Schwung hinterlässt sie auf dem Feld

der Steuerpolitik. Zum 1. Januar 1994 hatte das bevölkerungsschwache Estland mit einem Einheitssteuersatz von damals 26% auf private Einkünfte (mittlerweile ist er auf 21% gesunken und soll in den kommenden Jahren noch niedriger werden) erstmals vom Prinzip der Steuerprogression Abstand genommen. Seither unterbieten sich Osteuropas nationale Eliten in Flat Tax-Sätzen, um ausländische Investoren ins Land zu locken und in der Liste der „liberalsten Gesellschaften“ ganz oben Platz zu nehmen. Bulgarien, Makedonien, Serbien, Bosnien-Herzegowina und Albanien halten im Jahr 2008 bei 10% auf Einkünfte, die von Unternehmen und Einkommensempfängern an den Staat abzuliefern sind. Auch Tschechien besteuert Reiche mit den gleichen Sätzen wie Arme. Einer in Prag oder Cheb/Eger zu zahlende 15%ige Einkommenssteuer stehen Spitzensteuersätze in Berlin bzw. Regensburg von 47,5% gegenüber.

DAS ARGUMENT DER BEFÜRWORTER „Die Reform schafft das konkurrenzfähigste Steuersystem in der Europäischen Union und der OECD“, hieß es in einem vom „Adam-Smith-Seminar“ in Paris erstellten Werbefolder, der 2004 im Finanzministerium von Bratislava ausgeteilt wurde und die Flat Tax bewarb. Martin Bruncko, Chefberater des damaligen Finanzminister Ivan Miklos, geriet dem Journalisten gegenüber ins Schwärmen über das „konkurrenzfähigste Marktumfeld“, wenn er über die Flat Tax erzählte. Sie sei „niedrig, transparent und geradlinig“, räume mit den vielen Ausnahme- und Abschreiberegungen auf und läute ganz generell eine neue Zeit in Europa ein. Auch würde sie den Unsinn beenden, mittels Steuergesetzgebung Sozialpolitik machen zu wollen, weil nun eben „alle gleich“ seien, wie der 27jährige Havard-Absolvent nicht müde wurde zu betonen. Im Umfeld der Friedrich-Hayek-Stiftung, einem slowakischen Thinktank des Neoliberalismus, entwickelte seinesgleichen politische Programme, die den Staat aus der gesellschaftlichen Verantwortung herausdefinierten.

Scheinbar pragmatischer argumentieren osteuropäische Bürokraten, die in einer möglichst niedrigen Flat Tax die einzige Möglichkeit sehen, Unternehmen Steuermoral beizubringen und somit die Schattenwirtschaft zu bekämpfen. Dieser Effekt war es auch, der in den ersten Jahren nach der Einführung der flachen Einkommens- und Körperschaftssteuer ein Plus in die Budgets spülte, schlicht deshalb, weil zuvor bei höheren, progressiven Steuersätzen kein Unternehmer und kein Betrieb an die Erfüllung seiner Abgabepflicht dachte. Staatliche Schwäche korreliert somit ganz sichtbar und unmittelbar mit den niedrigen Einheitssätzen.

ZWEIFEL BEIM MUSTERSCHÜLER, BLOCKADE IM WESTEN Es war in erster Linie die unsoziale Flat Tax, gegen die der heutige slowakische Ministerpräsident Robert Fico mit seiner Bewegung „Smer“ im Wahlkampf des Jahres 2006 auftrat. Noch am siegreichen Wahlabend versprach er die Wiedereinführung steuerlicher Progression. An den Brüsseler Vorgaben hat er sich aber bislang die Zähne ausgebissen. „Die Maastricht-Kriterien erlauben es uns derzeit nicht, die Mehrwertsteuer zu senken“ und damit einen ersten Schritt zur Aufhebung der Flat Tax zu setzen, sagte Robert Zanony vom Presseamt der Regierung im Dezember 2007 dem Autor. Einzig die steuerliche Belastung auf Medikamente konnte reduziert werden. Der politische Wille der sozial-nationalen Koalitionsregierung in

Bratislava allein reicht nicht aus, um die im Volk und bei der neuen Regierung unbeliebte Flat Tax los zu werden.

Westeuropa blieb bislang die Einführung von Einheitssteuersätzen erspart. „Flat Tax“-Guru Alvin Rabushka erklärt dies mit Sonderinteressen von starken Lobbys wie Wirtschaftsanwälten und Steuerberatungskanzleien. Auch haben die Gewerkschaften in der Alt-EU durchschnittlich mehr zu sagen als die Arbeitnehmer im Osten. Nichtsdestotrotz kennen auch Deutschland und Österreich prominente Verfechter der Flachsteuer. Merkel-Berater Paul Kirchhof z.B., der vor der Bundestagswahl 2005 als möglicher Finanzminister gehandelt wurde, kämpft seit Jahren für die Einführung der Flat Tax. In der Zeitung „Die Welt“ feiert er den ab 1. Januar 2009 geplanten einheitlichen Steuersatz von 25 % auf Einkünfte aus Kapitalvermögen als „Durchbruch“ und meint, dass demnächst niemandem in Deutschland mehr vermittelt werden könne, warum andere Steuern progressiv sein sollten. In Österreich wiederum hat sich der heftigste Verfechter einer Flat Tax erst kürzlich aus dem Rennen genommen. Jörg Haiders Unfalltod hat die Debatte fürs Erste zum Erliegen gebracht.

Der Autor lebt als Autor und Verlagsleiter in Wien. Jüngste Publikation: *Experiment Kosovo. Die Rückkehr des Kolonialismus* (Wien, Promedia)

Flat Tax/ Spitzensteuersätze vor Abschreibungen in Europa 2008

